

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 279 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Anpassung an die fortschreitende Schädigung der Ökosysteme**

Am 6. November wurde in Brüssel das erste Belgian Climate Risk Assessment (BCRA) vorgestellt.<sup>1</sup> Die Botschaft ist klar: Alle föderalen Einheiten und Institutionen in Belgien müssen sich dringend und koordiniert auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereiten. Das gilt ausdrücklich auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft, die wie die anderen Regionen in die Vorbereitung und Abstimmung einbezogen werden muss.<sup>2</sup>

Der Bericht benennt 28 zentrale Risiken, die sich aus dem Klimawandel und der fortschreitenden Schädigung der Ökosysteme ergeben. Diese Risiken werden in fünf Kategorien eingeordnet: Wirtschaft, Gesundheit und Wohlbefinden, Ernährungssysteme, Ökosysteme sowie Infrastrukturen und Gebäude. Dabei wird deutlich, dass insbesondere im Bereich der Anpassungspolitik – also der sogenannten Klimaanpassung – dringender Handlungsbedarf besteht.

So zeigt der BCRA beispielsweise erhebliche Risiken für Gebäude und Infrastrukturen durch Überschwemmungen, die sich in Zukunft weiter verschärfen werden. Auch die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen in Belgien sind durch extreme Wetterereignisse zunehmend bedroht. Darüber hinaus stellt der Klimawandel eine große Gefahr für die menschliche Gesundheit dar: Hitzestress, die Ausbreitung vektorübertragener Krankheiten und der Anstieg psychischer Belastungen durch klimabedingte Krisen sind nur einige der Risiken, die im Bericht hervorgehoben werden.

Besonders für die DG als Gesundheits- und Bildungsakteur ergeben sich klare Zuständigkeiten – z. B. im Bereich der Prävention und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung. Ebenso sind öffentliche Finanzen betroffen, da durch fehlende finanzielle Rücklagen kein geeigneter Puffer für die Bewältigung von Krisen, wie Katastrophen oder Extremwetterereignissen, vorhanden ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Fragen:

1. Hat die Regierung Kenntnis vom Bericht des BCRA?
2. Ist die DG bereits in die entsprechenden Arbeitsgruppen eingebunden?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://www.cerac.be/en/bcra>.

<sup>2</sup> [ge.net/131557/artikel/2025-11-07/hitze-hochwasser-ernteausfalle-klimakrise-wird-zur-sicherheitsfrage](https://www.ge.net/131557/artikel/2025-11-07/hitze-hochwasser-ernteausfalle-klimakrise-wird-zur-sicherheitsfrage).

3. Wie bereitet sich die DG auf die im Bericht beschriebenen Szenarien vor – insbesondere angesichts ihrer Erfahrungen mit den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie und der Flutkatastrophe 2021?

• **Frage Nr. 280 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum Verlust von Agrarflächen**

Anfang November sorgte eine alarmierende Pressemeldung für Aufsehen: Die Zukunft der wallonischen Agrarflächen stehe auf dem Spiel. Laut einem Bericht der Beobachtungsstelle für landwirtschaftliche Flächen ist der Durchschnittspreis für einen Hektar landwirtschaftlicher Fläche in der Wallonie innerhalb von nur sechs Jahren um 44 % gestiegen – und erreichte 2023 fast 39.000 Euro pro Hektar<sup>3</sup>. Offizielle Zahlen für 2024 und 2025 liegen zwar noch nicht vor, doch die Beobachtungsstelle bestätigt den deutlichen Aufwärtstrend.

Hinter dieser Preisexplosion verbirgt sich ein besorgniserregendes Phänomen: Bereits 45 % der Flächen werden heute von Nicht-Landwirten erworben – häufig von Unternehmen ohne jeglichen Bezug zur Landwirtschaft, teils sogar aus dem Ausland<sup>4</sup>. Damit geht es längst nicht mehr nur um Bodenpreise, sondern um eine schleichende Entfremdung der Landwirtschaft von ihren ursprünglichen Akteuren. Mit jedem verkauften Hektar verliert die Wallonie ein Stück ihrer Ernährungssouveränität – und damit auch ihrer ökologischen Stabilität.

Die Auswirkungen dieses Trends reichen weit über die Landwirtschaft hinaus. Werden Agrarflächen für nicht-landwirtschaftliche Zwecke genutzt, leidet auch die Biodiversität. Laut der Naturschutzorganisation Natagora<sup>5</sup> konnte die Wallonie bislang, insbesondere südlich des Sambre- und Maastals, eine naturverträgliche Landwirtschaft bewahren. Jahrhundert alte Bewirtschaftungsformen bieten Lebensraum für Reptilien, zahlreiche Schmetterlings- und Wildbienenarten sowie für Vögel, die zu Symbolarten der Region geworden sind. Dabei sorgen auch Hecken und Waldränder für ideale Jagdreviere.

Durch den Erhalt offener, vielfältiger und pestizidfreier Landschaften tragen Bäuerinnen und Bauern entscheidend zum Schutz Hunderter von Tier- und Pflanzenarten bei – vieler, die in Europa inzwischen als vom Aussterben bedroht gelten. Der Verlust von Agrarflächen bedeutet also weit mehr als eine Veränderung in der Eigentumsstruktur: Er bedroht unsere ökologische Vielfalt, unsere Kulturlandschaft und letztlich auch die Zukunft unserer Ernährung.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Fragen:

1. Gibt es eine Übersicht der Preisentwicklung von Agrarflächen in der DG?
2. Welche Mechanismen in der DG garantieren unsere Ernährungssouveränität durch den Erhalt von Agrarflächen?
3. Welche zusätzlichen Maßnahmen wird das neue Raumordnungsdekret vorsehen, um die Nutzung von Agrarflächen der Landwirtschaft vorzubehalten?

• **Frage Nr. 281 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Abarbeitung der Infraktionsakten in Raumordnungsangelegenheiten**

In der Haushaltsfibel wird die Aufarbeitung der Infraktionsakten, sprich Akten, die Verstöße gegen die Raumordnungsgesetzgebung behandeln, zu den wesentlichen Aufgaben des Fachbereiches für die Jahre 2024, 2025 und 2026 gezählt. Insbesondere wird auf einige hundert Akten hingewiesen, die aus der Zeit vor der Übertragung der Zuständigkeiten an die DG stammen und die vom SPW übernommen worden sind.

<sup>3</sup> <https://ediwall.wallonie.be/observatoire-du-foncier-agricole-wallon-rapport-2024-2024-131346>, St. 48.

<sup>4</sup> <https://terre-en-vue.be/presentation/plaidoyer/memorandum/article/reguler-les-ventes-de-terres>.

<sup>5</sup> <https://www.natagora.be/agriculture/nos-allies>.

Langer Rückstand bei der Bearbeitung von Infraktionsakten zerstört die Glaubwürdigkeit des Verwaltungshandelns und lässt dieses in einem fragwürdigen Licht erscheinen. Insbesondere in Raumordnungsfragen ist es von großer Bedeutung, dass es klare und nachvollziehbare Regeln gibt und dass Verstöße zeitnah und nicht erst nach vielen Jahren geahndet werden.

Dazu lauten meine Fragen:

1. Um wie viele Infraktionsakten handelt es sich insgesamt, wenn man die alten und neuen Akten zusammenzählt?
2. Wie viele der alten Akten sind seit der Übernahme abgeschlossen worden?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um die Abarbeitung des Rückstands zu beschleunigen, damit keine neuen Rückstände entstehen?

• **Frage Nr. 282 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den aktuellen Planungen zum Bau einer Umgehungsstraße zur N62**

Das Verkehrsaufkommen auf und die Sicherheitsprobleme entlang der Regionalstraße N62 steigen nach wie vor kontinuierlich an.

Zu dieser Thematik verabschiedete das PDG am 25. April 2022 eine Resolution an die Regierungen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in der die Wiederaufnahme der Planungen der Umgehungsstraße sowie die Aufnahme des Projektes in den Infrastrukturplan der Wallonischen Region gefordert wurden.

Vor diesem Hintergrund machten sich die Verantwortlichen der Gemeinde Burg Reuland sowie alle Anlieger der N62 zum wiederholten Male große Hoffnungen. Nicht zuletzt, nachdem der Ministerpräsident im Rahmen eines Austauschs mit den Verantwortlichen der Gemeinde Burg Reuland nach der Erneuerung der lokalen Organe infolge der jüngsten Gemeinderatswahlen diese Angelegenheit zur „Chefsache“ erklärt hat. Unterdessen wurden bei einem Treffen der beiden Regierungen am 03. Juni 2025 vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, zu der auch die Gemeinde Burg Reuland eingeladen werden und die den aktuellen Stand der Planungen besprechen soll.

Spricht man heutzutage mit Mitgliedern des Rates bzw. des Kollegiums der Gemeinde Burg Reuland, sind der Unmut und die Enttäuschung über den bisherigen Verlauf dieser Akte jedoch nicht zu überhören. Dem Vernehmen nach sei aus der Chefsache für den Ministerpräsidenten inzwischen eher ein Zurückrudern des Ministerpräsidenten geworden, der es an der nötigen Unterstützung für den Bau der besagten Umgehungsstraße fehlen lasse.

Zudem erteilten der Geschäftsführer und der Präsident der AVED-IHK in einem am 8. November 2025 im Grenz-Echo veröffentlichten Interview dem Bau einer Umgehungsstraße zur N62 eine deutliche Absage.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen:

1. Wie oft hat die Arbeitsgruppe, die den aktuellen Stand der Planungen besprechen soll, bisher getagt?
2. Welche konkreten Schritte hat die Regierung der DG seit der Verabschiedung der Parlamentsresolution vom 25. April 2022 zur vollständigen Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen unternommen?
3. Steht der Ministerpräsident nach wie vor uneingeschränkt hinter den Forderungen der besagten PDG-Resolution?

- **Frage Nr. 283 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur sprachlichen Zugänglichkeit bei PEB-Zertifizierern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewinnt die energetische Sanierung von Wohngebäuden zunehmend an Bedeutung, da sowohl Förderanträge als auch Immobilienverkäufe und Vermietungen ein gültiges PEB-Zertifikat voraussetzen. Der BRG berichtete kürzlich über die Einführung der neuen Plattform *PEB-Connect*, die Bürgerinnen und Bürger mit zertifizierten Energieexperten vernetzen soll, jedoch bislang ausschließlich in französischer Sprache verfügbar ist.<sup>6</sup> Das wirft Fragen zur sprachlichen Zugänglichkeit für die Bevölkerung der DG auf, insbesondere im Hinblick darauf, ob deutschsprachige PEB-Zertifizierer ausreichend sichtbar sind, ob sie als solche gekennzeichnet werden, und ob ein eigenes oder integriertes Verzeichnis deutschsprachiger Zertifizierer geschaffen werden sollte, um die Nachfrage im Gebiet der DG besser abdecken zu können.

Hierzu meine Fragen an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

1. Deckt die Anzahl der derzeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Zertifizierer nach Ansicht der Regierung den bestehenden Bedarf?
2. Sehen Sie Handlungsbedarf hinsichtlich der sprachlichen Zugänglichkeit der PEB-Dienstleistungen im Hinblick auf deutschsprachige Angebote?
3. Ist der Regierung bekannt, ob die neue Plattform *PEB-Connect* künftig eine Funktion bereitstellen wird, die einen gezielten Zugriff auf deutschsprachige Dienstleistungen anbieten wird?

---

<sup>6</sup> <https://brf.be/regional/2025619/>.